

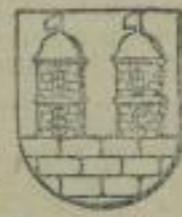
Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postscheckkonto Leipzig 28614

Erhältlich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage zwischen 5 Uhr bis den letzten Zug. Bezahlbarkeit bei Selbstabholung moralisch 4 M., durch reine Kärtchen zugestellt in der Stadt monatlich 4,50 M., auf dem Lande 4,00 M., wenn die Post keinen Dienstboten 1,50 M. ein Rechnungsabsatz. Die postamtlichen und privaten Briefe unserer Nachbörger und Geschäftsführer nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Miss oder sonstiger Verhinderungen hat der Verleger keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Abzug des Bezugspreises.



Zehntausend 5 M. für die Verhinderung einer Raubzettel, Lohnpreis 40 Pf. Rechnung 2,50 M. Bei Nichtrechnung und Belieferung entrichtender Personen. Rechnungsabsatz im amtlichen Zahl zu 100 Pf. Bezahlung 100 Pf. Nachporto-Gebühr 20 Pf. Belegzettelabsatz 10 Pf. Zehntausend 10 Pf. Belegzettelabsatz 10 Pf. Bei der Bezahlung der Rechnung übernehmen Sieben Pfennige. Jeder Rechnung entrichtet ist, wenn der Betrag durch Briefe eingezogen werden soll oder der Auftraggeber in Notstand gerät.

Erscheint seit

dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts Wilsdruff, des Gutsbezirks zu Wilsdruff, des Forstamts Tharandt. Verleger und Drucker: Arthur Bischunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Lässig, für den Inserateil: Arthur Bischunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 16.

Donnerstag den 20. Januar 1921.

80. Jahrgang.

Amtlicher Teil.

Nachdem die Freiheit für die Abstimmung über den Antrag der

Schlosser-Zwangsinnung zu Meißen

auf Aushebung des Immobilienbesitzes auf den Bezirk der Amtshauptmannschaft Meißen mit Ausnahme des Amtsgerichtsbezirks Nossen und darauf, daß ihr auch die Gewerbetreibenden angehören haben, die in diesem Bezirk das Gewerbe als Mechaniker, Goldschmiede und Büchsenmacher betreiben, abgelaufen ist, wird die über das Abstimmungsergebnis

gesetzliche Liste von Mittwoch den 19. Januar bis mit Dienstag den 1. Februar 1921 zur Einsicht und Schreibung etwaiger Widerprüfungen der Bevölkerung in Meißen, Rathaus Zimmer Nr. 20, öffentlich ausgelegt. Nach dem 1. Februar eingehende Widerprüfungen bleiben unberücksichtigt.

Meißen, am 18. Januar 1921.

Der Kommissar.

Bürgermeister Dr. Goldschmid.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Zum 18. Januar hat der Reichspräsident eine Rundgebung veröffentlicht, in der er für die Festigung unserer staatlichen Einheit eintritt.

* Die Zusammenkunft der Entente-Ministerpräsidenten findet voranschließlich am 24. Februar in Paris statt.

* Der neue französische Minister Voucheur kündigt in der Pariser Presse seinen Plan zur Zwangsverwaltung Deutschlands durch die Entente an.

* Harding wird den außerordentlichen Kongress in Washington zum 4. April einberufen.

Verständigung?

Es liegt fast wie eine Ironie auf die ewige Verhandlung von Konferenzen, nationalen und internationalem, mit denen die beiden Regierungen sich gar nicht genug tun können, sowohl über den Sachen zu entsprechen, die man zwischen die dortigen Verständigungsverhandlungen gegen Ende des vorigen Jahres eingelegt hat, eine Annäherung der beiden Parteien, die sich in der Friedensfrage bleicher völlig unversöhnlich gegenüber gehauert haben, erzielt worden ist. Nach heute vorliegenden Nachrichten scheinen der französische und der englische Botschafter in Berlin in unmittelbaren Verhandlungen mit unserem Minister des Auswärtigen in den ersten Tagen dieses Jahres Vorschläge gemacht zu haben, die zwar mit unseren eigenen Wünschen selbstverständlich nicht unversehrt überstimmen, die aber doch erstaunlich wert sind und zum mindesten als Ausgangspunkt erfolgversprechender, gemeinschaftlicher Überlegungen dienen können. Wenigstens gewinnt man nach dem, was bis jetzt darüber bekannt geworden ist, den Eindruck, daß diesmal Berlin vielleicht eher zu einer Verständigung führen könnte als Brüssel.

Was bei den neuen Vorschlägen allerdings zunächst in die Augen springt, ist die Tatsache, daß uns abermals ein Verzicht auf eine der wesentlichen Bestimmungen des Friedensvertrages zugemutet wird. Darauf ist die Entente belästlich verpflichtet, uns spätestens bis zum 1. Mai 1921 wissen zu lassen, welche Höchstsumme sie insgesamt von uns als Kriegsschadensersatz in Anspruch nehmen will. Daß die Franzosen insbesondere bisher über die Größe ihrer materiellen Verluste noch gar nicht ins Klare kommen könnten, liegt gewiß nicht an diesen Verlusten, sondern lediglich an der Einfallslosigkeit ihrer Führer, diese Vertragsbestimmung als Hebel zu benutzen, mit dem sie dauernd auf die Gesamtlage Deutschlands einwirken können und sie je nach dem ihren eigenen Interessen fördern zu mögen. Aus einer rein finanziellen Bedienstbarkeit hat man sich auf diese Weise ein moralisch-politisches Druckmittel zugeschlagen, das man um seinen Preis der Welt aus der Hand geben möchte. Nach anhören bin ich davon überzeugt, daß diese Umwandlung in der Weise bestätigt gewonnen, daß man erklärt, sich zunächst mit Jahresfeststellung begnügen zu wollen, um später, je nach dem Grade der Erholung des deutschen Volkes von den wirtschaftlichen Folgen des Krieges, die Erfahrschau nur um so seiter anzuziehen zu können. An diesem Grundgedanken ist auch bei den jüngsten Berliner Besprechungen festgehalten worden. Wenn unser Minister des Äußeren Dr. Simonis ihn nicht mehr von vornherein ablehnen, sondern durch Befragung des Kabinetts wie des Fachleute aus allen Regierungsabteilungen sich bereit erklärt, über die so unmittelbar an ihn herangetretene Frage weiter zu verhandeln, so selbstverständlich unter der Voraussetzung bestimmter Gegenleistungen aus anderen Gebieten, die wiederum uns außerordentlich am Herzen liegen. Die Franzosen sollen von vorläufigen Jahresleistungen im Betrage von drei Milliarden Goldmark gesprochen haben, was selbstverständlich als gänzlich ausgeschlossen zurückgewiesen wurde. Auch bei dieser Gelegenheit kam zur Sprache, daß man sich in Frankreich noch immer von der Leistungsfähigkeit Deutschlands Vorstellungen zu machen scheint, die vor der Wirklichkeit ganz und gar nicht handzuhalten vermögen, was von der Gegenseite wohl zugegeben, aber damit entschuldigt wurde, daß nun einmal die Forderungen und Erwartungen in England und Frankreich so hoch gefasst worden seien, und daß es nunmehr schwer sei, das Volk an geringere Siegesfrüchte zu gewöhnen. Auch darüber wurde von unserer Seite ein deutliches Wort geredet, daß man in Frankreich insbesondere immer noch sich so stelle, als hätte Deutschland so gut wie gar nichts geleistet, während in Wahrheit doch schon viele Milliarden der deutschen Werte über unsere Grenze gewandert sind. Hier müsse eine ganz andere Art der Buchhaltung, der Anredung erfolgen, und

war in ganz unmissverständlicher Weise, damit nicht immer die Leidenschaften gegen uns mit der unwahren Beschreibung von unserem bösen Willen aufs neue aufgeweckt werden können.

Ob diese Auseinandersetzungen stellich in Paris einen sichtbaren Niedergang zeitigen werden, ist durchaus nicht ohne weiteres anzunehmen, aber immerhin, von der Gelegenheit, mit den Herren auf deutschem Boden einmal ein deutliches Wort zu sprechen, ist wenigstens Gebrauch gemacht worden, und ihr weiteres Verhalten wird ja zeigen, ob Herr Dr. Simons auch diesmal lediglich in den Wind gejagt hat. Mit der gleichen Deutlichkeit hat er besont, daß höfliche Ablösungen keinesfalls in bar, sondern nur in Gestalt von Warenlieferungen geteilt werden können, womit es wohl zusammenhängt, daß neuerdings auch Hugo Simonis mit mehreren Arbeitervorstellen zur Wiederaufnahme der Sachverständigenberatungen nach Brüssel geschickt worden ist. Dort wird nun wohl zunächst der Ort sein, wo die in Berlin hergestellte leichte Auflösung der biedermeierlichen Standpunkte weiter zu verfolgen ist. Die deutsche Regierung sieht jedenfalls bereit zu sein, falls die von ihr getroffenen Gegenstelligungen eine entsprechende Verhandlungseröffnung erfordern, die die unterzeichneten Vorstellungen als neue Verhandlungsgrundlage anzunehmen. Sie würde das um so eher tun in der Lage sein, als zu gleicher Zeit die schon lange laufenden Friedenserhandlungen mit Amerika vom Abschluß näher gekommen sind. Wir würden dadurch in der Lage sein, unserer Industrie diejenigen Rohstoffe zuzuführen, die sie braucht, um nach Frankreich hin die ausbedungenen Warenlieferungen herstellen zu können.

Eine kleine Erleichterung also, wenn man will, zum wenigsten die Aussicht auf Entspannung. Rümi mit hinzu, daß mit Herrn Vriant ein Mann an die Spitze der französischen Regierung getreten ist, der solchen Verhandlungen mit Deutschland grundsätzlich nicht abgeneigt ist, so möchte man wirklich hoffen, daß nun nach endlosen Reden und Verhandlungen der Weg zu einer praktischen Verständigung, auf diesem einen Gebiete zunächst erschlossen ist. Aber wir wollen nicht vergessen, daß wir erst am Anfang dieser Ausgleichsmöglichkeit stehen, daß jeden Tag neue Zwischenfälle sich ereignen können, die diese ganz furchtbar sich hervorwagenden Keime einer wirtschaftlich gegenseitig beruhenden Vereinbarung wieder zunichte machen können.

Deutschland unter Zwangsverwaltung.

Voucheur als Liquidator.

Der neue französische Minister Voucheur, einer der starken Männer, erklärt einem Pressevertreter, man werde nicht warten, bis Deutschland sagt, daß es bankrott sei. Man werde vielmehr gleich die ganze deutsche Verwaltung selbst in die Hand nehmen und eine "ehrenhafte Liquidation" vornehmen. Der „Art“ der deutschen Mark müsse auf ihren wahren Wert verabgesetzt werden.

Zunächst werde man das deutsche Budget in Ordnung bringen. Dazu gehören: Soziale Erhöhung der deutschen Eisenbahntarife, der Postgebühren und der Steuern, um diese auf die gleiche Höhe zu bringen wie die Steuern, die der französische Staatsbürger zu zahlen habe. Man werde auch für wirtschaftliche Eingang der Steuern zu sorgen wissen. Über die Art und Weise, wie Deutschland seine Entschädigungen zahlen soll, sagte Voucheur, daß eine Bezahlung in Rentabilitäten nicht möglich sei, weil dadurch die französische Industrie allzu sehr geschädigt werden würde. Aber wohl könnte Deutschland den größten Teil seiner Erfolgsleistungen durch Kohlen abtragen.

Er habe sich über die deutschen Kohleförderungen genau unterrichtet und sei zu der Ansicht gelangt, daß Deutschland eine jährliche Rate von acht Milliarden in Kohlen bezahlen könne. Wenn man noch weitere zwei Milliarden an chemischen Produkten, Steuern auf Ausfuhrtarife und sonstige Artikel hinzurechne, so ergäbe das eine jährliche Leistung von zehn Milliarden, die Deutschland tragen könne. Man habe jetzt genügend hin und her geredet. Die Zeit zu handeln sei gekommen, und Frankreich sei bereit, Deutschland unumwunden zu erklären, daß es entschlossen sei, alle notwendigen Maßnahmen zu treffen, um die Entschädigung von Deutschland zu erhalten.

Entwaffnung und Entschädigung.

Der Standpunkt der englischen Regierung.
Das Reutersche Bureau erfährt von maßgebender Seite zu der bevorstehenden Pariser Konferenz, die dritte Anordnung sehe darin, daß eine Einigung in der Ent-

waffnungsträge wahrscheinlich bald gefunden werden wird, ohne daß lange Erörterungen dazu notwendig sind. Wie Bezug auf die Reparation habe man es nicht für möglich, daß irgend etwas einer endgültigen Regelung gleichkommt, auf der Pariser Konferenz erwartet werden kann. Wahrscheinlich werde man in dieser Frage nicht über einen allgemeinen Meinungsunterschied hinauskommen.

Man sei in London der Ansicht, daß sich nichts Endgültiges ergeben kann, bevor weitere Nachrichten aus Deutschland vorliegen. Zu der Entschädigungsbereitschaft sei die Frage nicht klar, was die Alliierten wollen, sondern was sie bekommen könnten.

Griechenland gegenüber werde Großbritannien bestimmt große Zurückhaltung üben und Gelegenheit zu geheimer Beobachtung der Entwicklung wünschen, bevor es seine Haltung, die es von jeher in der französischen Frage eingenommen hat, ändere. Jedoch auch hier seien die englischen Bevölkerungen zu weitesten Erörterungen bereit.

Der Gedenktag der Reichsgründung.

Erlass des Reichspräsidenten.

Unterzeichnet vom Reichspräsidenten Ebert und dem Reichskanzler Scheidemann erschien zum 18. Januar folgende Rundgebung:

Am 18. Januar sind 30 Jahre seit der Einigung der deutschen Stämme zu einem einheitlichen Staatsgebilde vergangen. Die Schönheit unserer Vorfahren, das hohe Verlangen weiter Söhnen des Volkes in allen deutschen Gauen haben hierdurch ihre späte Erfüllung, und diese Erfüllung bildet den Dauer. Zu dem jährlichen Gedanken, die uns jetzt durch Krieg und Frieden erfüllt haben, ist und — ja als einziges — daß eine große Unabhängigkeit erhalten, daß die deutschen Kinder wieder auseinander gesetzen sind. Sie halten aneinander fest. Darüber wollen wir uns freuen, wenn wir auch mit beklieber Trauer an diesem Tage zu allen deutschen Landesteilen hinüberblicken müssen, die gegen ihren Willen von ihrem Heimatverwandten Sonde getrennt sind, und auf das besonders schwer leidende Österreich, das mit dem Herzen zu uns steht, wie wir zu ihm. Unsere innere soziale Einheit weiter zu erhalten und zu schaffen, muß unter aller seifer Wille sein. Wenn uns auch politische und wirtschaftliche Anstrengungen mehr, als gut ist trennen, in einem sind wir als einzige Grenzen haben und nicht trennen, in einer Einheitlichkeit unseres deutschen Vaterlandes ist für uns alle ein Stütz unseres Glaubens, unserer Liebe und unserer Hoffnung.

Zahlreiche Veranstaltungen im ganzen Reich wurden dem Gedenktag gewidmet. In Berlin versammelten sich die deutschnationalen Beamten und fanden Zeugnis an den fröhlichen Kaiser in Doorn und an Feldmarschall Hindenburg ab, in denen sie ihrer Hoffnung auf Revision der Versailler Verträge Anerkennung gaben. Weitere Gedächtnisse bildeten u. a. ab die Deutschationale Volkspartei und die Deutsche Volkspartei, der Vorstand des Russenbundes und des Preußischen Landes-Kriegerverbandes. Bei der Feier der demokratischen Partei (Berlin) hielt Staatsminister Oester die Festrede, in der das Gelöbnis ausgesprochen wurde, unverkennlich festzuhalten an der Einigung der deutschen Stämme.

Ein Aufruf an die deutsche Bevölkerung ist ein Aufruf anzusehen, den die mehrheitssocialistischen "Politisch-parlamentarischen Nachrichten" veröffentlicht und in dem es heißt: Erst dann erscheint uns der nationale Gedanke erfüllt zu werden, wenn von der Maas bis an die Memel, von der Elbe bis an den Schwarzen Meer, auf Grund demokratischer Selbstbestimmung und in friedlichem Zusammenwirken mit den Nachbarvölkern das Volk den deutschen Einheitsstaat geschaffen hat. Der Aufruf ist unterzeichnet vom "Friedensbund der Kriegsteilnehmer", der "Offiziersvereinigung der deutschen Republik" und dem "Deutschen demokratischen Verein Friedrich Naumann".

Reichsminister Dr. Simons über die Reichslande.

Der Leiter der Auswärtigen Angelegenheiten schreibt zum 18. Januar in der "Kölner Zeitung" u. a.:

Es gilt, geistige Waffen zu schmieden, die den inneren Zusammenhang der Reichsdeutschen mit ihren Brüdern jenseits der Grenzen und jenseits der Meere verteidigen. Groß ist die Gefahr, daß die unauslöschlichen Freiheiten, die aus der Freiheit des Reiches entstehen, zu gewaltsamen Entladungen führen könnten; aber nicht in solchen Entladungen zeigt sich die Freiheit zum Reich, sondern im jähren Respekt an deutscher Art und im festen Vertrauen auf den Tag der Befreiung, damit, wenn es kommt, das Rheinland nicht ein Antlitz zwischen den Ländern Weißrussland, sondern ein festes Bild des Reiches und zugleich ein Mittler Friedlichen Vertrags mit den Nachbarn werde.

In den Schulen wurde vielfach der Reichsgründung in entsprechender Form gedacht.